Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 55 (1963)

Heft: 12

Artikel: Bevölkerungsentwicklung, Familienplanung und verantwortungsbewusste Elternschaft als familienpolitische Probleme in der industriellen Gesellschaft : Referat, gehalten vor der Delegiertenversammlung des Eidgenössischen Verbandes "Pro Familias" am 23. Feb...

Autor: Kaufmann, Franz-Xaver

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-354100

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

GEWERKSCHAFTLICHE RUNDSCHAU

MONATSSCHRIFT DES SCHWEIZERISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES
ZWEIMONATLICHE BEILAGEN: «BILDUNGSARBEIT» UND «GESETZ UND RECHT»

HEFT 12 – DEZEMBER 1963 – 55. JAHRGANG

Bevölkerungsentwicklung, Familienplanung und verantwortungsbewußte Elternschaft als familienpolitische Probleme in der industriellen Gesellschaft[1]

Von Dr. Franz-Xaver Kaufmann, Basel

I.

Erfolgreiche Familienpolitik kann, wie jede andere wirksame Politik, nur getrieben werden, wenn man sich über die Ziele seines politischen Handelns klar ist. Die allgemeinste Zielsetzung der Familienpolitik ergibt sich schon aus dem Wort: Wir wollen die Institution der Familie, ihre Stellung im Rahmen der Gesellschaft und ihren inneren Zusammenhalt stärken.

Diese Zielsetzung allein genügt jedoch noch nicht. Wir müssen uns überdies klar werden, welche *Art* von Familie wir stärken möchten. Die Institution der Familie gibt es in allen Gesellschaften und Kulturen, wir kennen kein Beispiel einer Gesellschaft, die ohne diese Institution ausgekommen wäre. Erhaltung und Fortpflanzung, das Aufziehen und Erziehen der Kinder scheint mit sozusagen zwingender Naturnotwendigkeit die Familie zu fordern. Geschichte und Völkerkunde lehren uns jedoch, daß die Form der Familie unterschiedlich sein und sich im Laufe der Zeit wandeln kann. In jeder Kultur hat diese Institution eine spezifische, den konkreten Umständen besonders angepaßte Ausprägung erfahren.

Es ist nahezu eine Binsenwahrheit, daß wir uns in einer Periode starken gesellschaftlichen Wandels befinden. Wenn wir für einen Augenblick versuchen, uns aus der Froschperspektive unserer alltäglichen Erfahrung zu lösen, in der wir vielleicht mehr die technischen als die gesellschaftlichen Wandlungen bewußt erleben, wenn wir für einen Augenblick uns vergegenwärtigen, wie viele tausend, ja hunderttausend Jahre alt die Menschheit ist, und wenn wir dieser

[1] Referat, gehalten vor der Delegiertenversammlung des Eidgenössischen Verbandes «Pro Familia» am 23. Februar 1963 in Freiburg.

fast unermeßlichen Zeitspanne die rund 200 Jahre gegenüberstellen, in denen das sogenannte industrielle Zeitalter begonnen und sich entfaltet hat, wenn wir uns weiter auf Grund unserer geschichtlichen Kenntnisse erinnern, wie lange eine Kultur braucht, um sich zu entfalten, so leuchtet der Gedanke unmittelbar ein, daß wir immer noch erst am *Anfang* einer neuen Kulturepoche stehen, deren endgültige Ausprägung noch kaum abzusehen ist. Beginn bedeutet jedoch stets Veränderung, und so liegt die ja auch in der Wirklichkeit leicht zu erfassende Vermutung nahe, daß sich auch die Familie im Laufe dieser Veränderungen wandelt, ja wandeln muß.

Familienpolitisches Bemühen ist deshalb nur insoweit sinnvoll, als es Familienformen anstrebt, die den heutigen gewandelten Verhältnissen angemessen sind. *Das Leitbild der modernen Familie kann vermutlich nicht in jeder Beziehung demjenigen entsprechen, das wir von unseren Vorfahren übernommen haben.* Dies ist bereits klar geworden hinsichtlich der Zahl der Generationen, welche die Familie als soziale Einheit umfaßt. Unser Familienbild kann nicht mehr die Großfamilie sein, der neben den Eltern und Kindern auch Großeltern, ledige Onkel und Tanten, vielleicht sogar mehrere Geschwisterfamilien sowie das Gesinde angehörten. Soziologische Untersuchungen haben nachgewiesen, daß das Zusammenleben mehrerer Generationen im gleichen Haushalt nicht einmal mehr von den Großeltern gewünscht wird. Der Wandel vom Leitbild der Großfamilie zum Leitbild der Kleinfamilie der Eltern und Kinder hat sich bereits vollzogen. Etwas überspitzt können wir das Thema unseres Vortrags dahingehend formulieren, *wie groß oder wie klein denn heute das Leitbild der Kleinfamilie sein könne oder solle.*

Dies kann und darf allerdings nicht die einzige Frage sein. Unter familienpolitischen Gesichtspunkten muß von den drei gestellten Fragen nach der Bevölkerungsentwicklung, der Familienplanung und der verantwortungsbewußten Elternschaft unseres Erachtens die letztere im Mittelpunkt stehen. Das Postulat der *verantwortungsbewußten Elternschaft* gehört sicher mit zu jenem Leitbild der Familie, das unserer heutigen gesellschaftlichen Situation angemessen ist.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Eheleute heute die Möglichkeit haben – und sie in Zukunft noch stärker haben werden – die Zahl und den zeitlichen Abstand ihrer Geburten selbst zu bestimmen. Daraus ergibt sich eine Verantwortung hinsichtlich der Kinderzahl, die in diesem Maße früher nicht bestand und nicht bestehen konnte, und zwar sowohl hinsichtlich des Kindermaximums wie hinsichtlich des Kinderminimums.

Dies ist natürlich nur ein Teilaspekt der verantwortungsbewußten Elternschaft. Wenn heute gelegentlich gesagt wird, «wir können uns nicht mehr Kinder leisten, weil sonst die Erziehung darunter leiden

würde», so ist dieser Satz nur insofern ernst zu nehmen, als die Verantwortung für die Kindererziehung dann auch in entsprechendem Maße tatsächlich übernommen wird. Es läßt sich nämlich oft beobachten, daß Eltern mit drei, vier und mehr Kindern sich mehr für die Erziehung ihrer Kinder einsetzen als solche mit ein oder zwei Kindern. Umgekehrt sind genügend Familien bekannt, in denen eine große Kinderschar in gleich verantwortungsloser Weise vernachlässigt wird, wie sie in die Welt gesetzt wurde.

Stark vereinfachend – es spielen natürlich viele Faktoren mit – ließe sich das psychologisch etwa wie folgt erklären: Je mehr Kinder ein Ehepaar *gewollt* zur Welt bringt, um so größer ist die Bedeutung, die es den Kindern in seinem Leben zumißt, und um so größer dürfte auch die Bereitschaft sein, im Hinblick auf die Erziehung der Kinder die notwendigen materiellen und vor allem auch immateriellen Verzichte zu leisten. Dazu kommt, daß auch für die Erziehungssituation des Kindes und für seine Vorbereitung auf das spätere Leben eine Mehrzahl von Geschwistern günstiger zu sein scheint als nur ein oder gar kein Geschwister. Wo nicht gesundheitliche oder erbmäßige Probleme bei einem der Ehepartner vorliegen, scheint der Vorteil der «Kleinstfamilie» für die Kinder einzig materieller Natur zu sein: Es steht mehr Geld für die Ausbildung und für die Verbesserung der wirtschaftlichen «Startchancen» zur Verfügung.

Verantwortungsbewußte Elternschaft bedeutet jedoch auch, daß die Eltern selbst die Verantwortung für die Zahl und die Erziehung ihrer Kinder übernehmen müssen und daß ihnen diese Verantwortung nicht vom Staat oder einer andern Institution abgenommen werden kann. In unserer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft kann die innere Wertordnung, die für den Entscheid der Eltern über ihre «subjektiv» ideale Kinderzahl entscheidet, recht verschieden sein. Alle familienpolitischen Maßnahmen müssen den Entscheid der einzelnen Elternpaare respektieren. Es darf nur versucht werden, durch die Gestaltung der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie durch Aufklärung die für den Entscheid maßgeblichen Faktoren zu beeinflussen.

*

Im Rahmen dieser allgemeinen Ueberlegungen wollen wir nun versuchen, die uns beschäftigenden Probleme der verantwortungsbewußten Elternschaft und der Familienplanung kurz von verschiedenen Seiten zu beleuchten. Ich schließe vorläufig die Frage der Bevölkerungsentwicklung, auf die ich im dritten Teil zurückkommen werde, bewußt aus, da wir hier ja nicht in erster Linie über Bevölkerungspolitik, sondern über Familienpolitik sprechen und deshalb der bevölkerungspolitische Aspekt nur einer unter anderen sein darf.

Jedes Problem hat ja verschiedene Seiten. Wir können geradezu sagen, daß ein Sachverhalt dadurch zum Problem wird, daß, wenn wir ihn von verschiedenen Seiten betrachten, wir zu unterschiedlichen Ergebnissen gelangen können. Bekanntlich beleuchtet jede Einzelwissenschaft nur immer einen bestimmten Aspekt eines Problems, und wenn wir zu praktischen Schlußfolgerungen gelangen wollen, müssen wir die einzelnen Teilaussagen gegeneinander abwägen. Da dieses Referat als Einleitung zu einer vertieften Behandlung der einzelnen Teilaspekte gedacht ist, mag es angezeigt sein, die verschiedenen hier zu berücksichtigenden Aspekte kurz zu erwähnen.

1. Der ethische und moralische Aspekt: Schon im Begriff der Verantwortung ist die über den Bereich der Erfahrungswissenschaften hinausgehende Dimension des Metaphysischen angesprochen. Verantwortungsbewußte Elternschaft bedeutet nicht nur Verantwortung gegenüber den geborenen Kindern und dem Ehepaar; sie bedeutet darüber hinaus Verantwortung gegenüber dem ungeborenen Kind, gegenüber der menschlichen Gesellschaft, an der wir teilhaben und vor allem gegenüber den unserer Beliebigkeit entzogenen Gesetzen Gottes und des menschlichen Wesens, die zu ergründen Theologen und Philosophen sich bemühen. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang lediglich den Hinweis, daß selbst die in den Fragen der Familienplanung eher als «rückständig» verdächtigte katholische Moraltheologie das Prinzip der verantwortungsbewußten Elternschaft mehr und mehr anerkennt und einzig die Frage der erlaubten Methoden diskutiert. Herr Professor Böckle vom Priesterseminar in Chur äußerte sich kürzlich wörtlich, daß die katholische Ethik eine verantwortungsbewußte Regelung der Geburtenfolge nicht nur erlaube, sondern sogar fordere.

2. Der medizinische Aspekt: Unter diesem Aspekt sind sowohl die Fragen nach den gesundheitlichen Folgen von Schwangerschaften und Schwangerschaftsunterbrechungen bedeutsam wie auch diejenigen der medizinischen Möglichkeiten der Familienplanung. Wie auf einer kürzlich in Zürich abgehaltenen Tagung dargestellt wurde, gibt es bis heute nicht eine allgemein gültige, in allen Fällen ratsame Methode der Geburtenkontrolle oder Geburtenregelung. Es stehen mehrere Methoden zur Verfügung, die vom medizinischen Standpunkt aus je nach den konkreten Verhältnissen des Einzelfalles empfohlen oder abgelehnt werden. Dies gilt auch von den modernsten Methoden der chemischen Empfängnisverhütung, die zwar erfolgversprechend scheinen, jedoch praktisch auch noch nicht in allen Fällen vorbehaltlos empfohlen werden können.

3. Der psychologische Aspekt: Er spielt sowohl hinsichtlich der Erziehungssituation der Kinder wie auch bei der Frage nach den anzuwendenden Methoden der Geburtenkontrolle oder Geburtenregelung im Hinblick auf das Verhältnis der Ehepartner eine bedeut-

same Rolle. Dagegen scheint die gewünschte Kinderzahl, entgegen den landläufigen Meinungen weniger von individualpsychologischen als von sozialen Faktoren abhängig zu sein. Dies gibt einen Hinweis, daß die Wirkungsmöglichkeiten familienpolitischer Maßnahmen nicht zu gering eingeschätzt werden sollten.

4. Der soziologische Aspekt: Von der wissenschaftlichen Soziologie kann in diesem Zusammenhang vor allem die Antwort auf drei Fragen gefordert werden:

1. Wie kam es überhaupt zur Ausbreitung der Geburtenkontrolle?
2. Welches sind die Charakteristika und Probleme der Familien in der heutigen Gesellschaft, welches sind ihre Funktionen und ihre Entwicklungstendenzen im Rahmen der eingangs skizzierten sozialen Wandlungen?
3. Welche wirtschaftlichen und sozialen Faktoren beeinflussen die Zahl der gewünschten und der tatsächlich geborenen Kinder?

Ich werde von diesen drei Fragen hier nur die erste kurz zu beantworten suchen. Die Beantwortung der zweiten und dritten Frage erheischte allein ein ganzes Referat, und ich denke, daß diese Fragen anläßlich Ihrer Arbeitstagung noch eingehend zur Sprache kommen werden.

Die naheliegendste Erklärung, die Geburtenkontrolle, welche sich zuerst vor allem in der Geburtenbeschränkung manifestierte, habe sich als Folge der von der Wissenschaft entdeckten Methoden der Empfängnisverhütung verbreitet, vermag allein nicht ganz zu befriedigen. Ihr steht die Tatsache gegenüber, daß die Geburtenbeschränkung in den oberen Gesellschaftsschichten, in Frankreich sogar in den bürgerlichen Schichten, schon vor der Entdeckung der modernen Methoden geübt wurde. Auch ist es offensichtlich, daß in einer Gesellschaft, in der traditionsgemäß das Kinderhaben als ein schicksalhaftes Ereignis hingenommen wurde und in der Sitte und Religion die hohe Fruchtbarkeit ideologisch stützten, die technische Möglichkeit der Geburtenkontrolle allein nicht genügt, um eine weite Verbreitung der geburtenbeschränkenden Praktiken hervorzurufen. Es dürfte sich hierbei um einen verstärkenden aber nicht um den auslösenden Faktor der Ausbreitung der Geburtenbeschränkung handeln.

Der Uebergang vom unkontrollierten zum mehr oder weniger kontrollierten Fortpflanzungsverhalten setzte in erster Linie einen Wandel in der Mentalität, der geistigen Einstellung, voraus. Die Geburtenbeschränkung setzt ja stets ein aktives Handeln oder einen aktiven Verzicht, zum mindesten des einen Ehepartners, voraus. Der

Wandel zu einer mehr oder weniger rationalen, *berechnenden Mentalität*, wie sie die Anwendung der Geburtenkontrolle voraussetzt, läßt sich teilweise von den geistigen Wandlungen her erklären, die sich seit dem Ausgang des Mittelalters vollzogen haben: Die Ersetzung des theozentrischen durch ein anthropozentrisches Weltbild, die mit dem Humanismus begann und sich in den Ideen der Aufklärung und der französischen Revolution fortsetzte einerseits, die zwar auf das ewige Heil ausgerichtete, jedoch hinsichtlich ihrer praktischen Auswirkungen durchaus rational-berechnende Gedankenwelt des Puritanismus anderseits. Diese geistigen Wandlungen, die durch die Verbreitung der Schulbildung auch ins Volk drangen, stehen in engem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen, sozialen und demographischen Wandlungen, die ihrerseits auf die Mentalität zurückgewirkt haben. An erster Stelle ist hier die Verbesserung der hygienischen und medizinischen Verhältnisse, vor allem in den Städten zu nennen, welche bereits im 18. Jahrhundert und seither in beschleunigtem Maß zu einer Senkung der Sterblichkeit, insbesondere der Kindersterblichkeit, geführt haben. In der Stadt Genf beispielsweise war der «Geburtenverschleiß» um 1700 so groß, daß neun Jahre nach der Geburt schon mehr als die Hälfte aller Kinder gestorben war. In London waren, nach den Taufbüchern zu urteilen, die Verhältnisse zeitweise noch verheerender: Nur rund ein Viertel aller Kinder überlebte das fünfte Lebensjahr. Heute dagegen erlebt mehr als die Hälfte aller Geborenen den 70. Geburtstag!

Während in der Landwirtschaft auch die Kinder schon recht früh als Arbeitskräfte einen produktiven Beitrag leisteten und deshalb keine derartige wirtschaftliche Belastung darstellten, korrigierte in den Städten die hohe Kindersterblichkeit die Belastung durch die große Geburtenzahl. Der *Sterblichkeitsrückgang* führte somit bei gleichbleibender Fruchtbarkeit zu einer erheblichen zusätzlichen wirtschaftlichen Belastung der Familien, welche wiederum die Bereitschaft zur Geburtenbeschränkung vor allem in den städtischen Verhältnissen erhöhen mußte, in die ein stets wachsender Teil der Bevölkerung zog. Dies um so mehr, als mit der Einführung des obligatorischen Schulunterrichts und der Entwicklung von Kinderpflege und bewußter Kindererziehung auch die Belastung pro Kind erheblich anstieg.

Eine wesentliche Vorbedingung für das Aufkommen der Geburtenkontrolle waren auch die *sozialen Strukturwandlungen:* Die Auflösung der Großfamilie, die fortschreitende Ablösung des landwirtschaftlichen und gewerblichen Familieneinkommens durch das individuelle und oftmals kärgliche Lohneinkommen in der Industriearbeiterschaft, die Emanzipation der Frau und der Abbau der patriarchalischen Machtstellung des Vaters. Dazu kommen vor allem in neuerer Zeit die gesteigerten Möglichkeiten sozialen Auf-

stiegs, die Erhöhung des Lebensstandards und die Entwicklung der Konsummöglichkeiten.

Wenn wir diese summarisch aufgezählten Einzelursachen miteinander in Verbindung zu bringen suchen, so können wir, wie bereits einleitend erwähnt, sagen, daß die Verbreitung der Geburtenkontrolle und die aus ihr hervorgehende Familienplanung ein Anpassungsprozeß an die gewandelten wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse darstellt. Der Weg in die Zukunft führt deshalb sicher nicht über die Ablehnung der Geburtenkontrolle oder der Geburtenregelung, sondern über ihre verantwortungsbewußte Anwendung.

II.

Was heißt verantwortungsbewußte Elternschaft? Wir haben im ersten Teil versucht, eine Reihe von ins Gewicht fallenden Ueberlegungen anzuführen, und es bleibt uns, einen letzten Aspekt hervorzuheben und, als sozusagen speziellen Teil, eingehender zu behandeln. Es ist dies der demographische oder bevölkerungspolitische Aspekt. Er wird in den Ueberlegungen der *Eltern* bestenfalls eine untergeordnete Rolle spielen, und wir meinen, es ist auch gut so. Immerhin mag auch hier eine gewisse Aufklärung nützlich sein, denn heute scheint die Furcht vor einer Uebervölkerung so weit verbreitet zu sein, daß die Relationen nicht immer richtig gesehen werden.

Für den *Familienpolitiker* dagegen muß der bevölkerungspolitische Aspekt eine größere Rolle spielen, betrifft er doch die Gesellschaft als Ganzes und ihren Fortbestand. Diese Unterscheidung scheint uns wichtig. Das bevölkerungspolitische Argument sollte – nicht zuletzt um unliebsame Assoziationen an gewisse bevölkerungspolitische Maßnahmen im Dritten Reich zu vermeiden – in der öffentlichen Diskussion nicht in den Vordergrund gestellt werden. Das entbindet jedoch diejenigen, die sich für die Familienpolitik verantwortlich fühlen, nicht davon, sich mit diesem Aspekt auseinanderzusetzen.

Es kann ja nicht von vornherein ausgeschlossen werden, daß dank den Mitteln der Geburtenkontrolle die Zahl der Geburten in einem Maße beschränkt wird, daß dies für den Weiterbestand einer Gesellschaft gefährlich wird.

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß sowohl ein exzessives Bevölkerungswachstum wie eine starke Bevölkerungsschrumpfung ungünstige Situationen sind. Im Falle eines zu starken *Bevölkerungswachstums* besteht die Gefahr, daß das wirtschaftliche Wachstum und die strukturellen sozialen Anpassungen hinter dem Bevölkerungswachstum so zurückbleiben, daß der Lebensstandard nicht gehoben werden kann, die Tendenz zur Arbeitslosigkeit zunimmt

und leicht eine innen- oder außenpolitisch explosive Lage entsteht. Zu rasches Bevölkerungswachstum kann zu Uebervölkerungserscheinungen führen, wobei jedoch betont werden muß, daß Uebervölkerung ein recht relativer Begriff ist. Vor allem kann nicht die bereits erreichte Bevölkerungsdichte als Maßstab genommen werden. Je besser ein Land wirtschaftlich entwickelt ist, eine um so höhere Bevölkerungsdichte ist tragbar, wie ja schon der Vergleich zwischen dem dichtbesiedelten Europa und den meist weit weniger dicht besiedelten Entwicklungsländern zeigt.

Anderseits leuchtet auch unmittelbar ein, daß eine langfristige *Bevölkerungsschrumpfung* wirtschaftlich und sozial mehr Nach- als Vorteile bringt: Beispiele hierfür lassen sich in unserem eigenen Land beobachten: Die Entvölkerung gewisser Gebirgstäler bringt für die Zurückbleibenden keine wirtschaftlichen Vorteile; die Folge ist vielmehr, daß die Wirtschaft keinen Aufschwung nimmt, daß vor allem die älteren Leute zurückbleiben, die Bodenpflege meist vernachlässigt wird und die notwendigen Aufwendungen für die Erhaltung der Gemeinwesen personelle und wirtschaftliche Aufwendungen erheischen, die von den Einheimischen allein nicht mehr erbracht werden können, so daß Hilfe von außen, d. h. vor allem von seiten der staatlichen Instanzen, unumgänglich wird.

Dagegen kann man sich fragen, ob es in Anbetracht der bereits hohen Bevölkerungsdichte der meisten europäischen Länder nicht am zweckmäßigsten wäre, wenn die Bevölkerung auf dem heute erreichten Stand annähernd stabilisiert werden könnte. Das Ideal einer *stationären Bevölkerungsentwicklung* ist heute recht verbreitet. Der Gedanke hat etwas Verlockendes an sich. Wer von uns hätte sich nicht schon über die Verkehrsstockungen auf unseren Straßen geärgert, wer hätte noch nie die fortschreitende Zurückdrängung der unberührten Natur in unserem Land bedauert und sich über die Auswirkungen der wachsenden Bevölkerungsdichte, etwa hinsichtlich der Verschmutzung unserer Gewässer oder die Erhaltung von «Zivilisationsoasen» seine Sorgen gemacht! Der Gedanke «so kann es nicht mehr weitergehen» ist wohl manchem von uns in diesem Zusammenhang schon aufgetaucht.

Diese Sorge kann nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden. Wenn ich hier einer persönlichen Meinung Ausdruck geben darf, so möchte ich bemerken, daß es mir nicht unwahrscheinlich scheint, daß in der Zukunft die Frage nach den Grenzen des Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums und nach der Möglichkeit einer gewissen Stabilisierung ein dringendes wissenschaftliches und politisches Problem werden wird. Vorläufig scheint es jedoch, daß wir dem Gesetz des Wachstums unterworfen sind. Es ist erst ein gutes Jahrzehnt her, daß die Nationalökonomie die Notwendigkeit des Wirtschaftswachstums in der Industriegesellschaft voll erkannt hat. Nur die Aufrechterhaltung einer gewissen, von Land

zu Land verschiedenen Rate des wirtschaftlichen Wachstums erlaubt die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung und die Existenz unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung. Dazu kommt der politische Druck des Kampfes verschiedener wirtschaftlicher Systeme, der sich heute vor allem auf dem Gebiet des Wirtschaftswachstums abspielt, sowie das Problem der sogenannten Entwicklungsländer, für deren Entwicklung wirtschaftliche Investitionen in einem Ausmaß notwendig sind, die allein schon eine selbstgenügsame Stabilisierung auf einem einmal erreichten Stand auf Jahrzehnte illusorisch erscheinen lassen.

Solange wir jedoch das weitere Wachstum der Wirtschaft als erstrebenswertes Ziel ansehen, werden wir nicht umhin können, auch ein gewisses Bevölkerungswachstum zu akzeptieren. Hinkt, wie im Falle der Schweiz, das Wachstum der aktiven Bevölkerung hinter der Wirtschaftsexpansion in einem freien Wirtschaftssystem her, so ist die Folge eine massive Einwanderung fremder Arbeitskräfte. Wir können Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum am besten als zwei Seiten desselben Wachstumsprozesses verstehen, die sich gegenseitig bedingen: Einerseits braucht es, um einer wachsenden Bevölkerung einen zum mindesten gleich bleibenden oder steigenden Lebensstandard zu ermöglichen, ein Wachstum der Produktion zum mindesten im Gleichschritt mit dem Bevölkerungswachstum, anderseits setzt das Wirtschaftswachstum ein Anwachsen der aktiven Bevölkerung, und zwar vor allem der jungen aktiven Bevölkerung, voraus, weil nur so die strukturelle Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft gewährleistet werden kann. Ständig entstehen neue Berufe, auf die ältere Arbeitskräfte nur in Ausnahmefällen umgeschult werden können. Umgekehrt hat ein Stagnieren der Wirtschaft normalerweise einen Rückgang des Bevölkerungswachstums zur Folge gehabt.

Wir müssen die Frage der Bevölkerungsentwicklung auch mit derjenigen der Altersverteilung der Bevölkerung in Beziehung bringen: Je mehr Menschen infolge des Sterblichkeitsrückganges das Pensionierungsalter erreichen, um so höher werden die von der aktiven Bevölkerung zu tragenden Altersversorgungslasten. Je weniger die Wirtschaft wächst, um so schwerer wiegen die Altersversorgungslasten, die selbst im Falle der privaten Finanzierung der Altersversorgung produktionsmäßig von der aktiven Bevölkerung getragen werden müssen.

Unter *rein wirtschaftlichen* Gesichtspunkten ist der Zuzug ausländischer Arbeitskräfte sicher die vorteilhafteste Lösung. Wir haben keine Kosten für die Erziehung unseres ausländischen beruflichen Nachwuchses und wir können damit rechnen, daß wenigstens ein Teil dieser Arbeitskräfte im Alter oder auch im Falle einer wirtschaftlichen Rezession in ihre Heimat zurückkehrt oder zur Rückkehr gezwungen wird. Solange wir den Gastarbeitern so weit als

möglich verweigern, ihre Familien in die Schweiz mitzunehmen – was mir, nebenbei bemerkt, ethisch äußerst bedenklich scheint – brauchen wir nicht einmal Wohnungen und Schulen für diese Familien zu bauen. Wir ziehen mit andern Worten außerordentliche kurzfristige volkswirtschaftliche Vorteile von diesen Fremdarbeitern, wobei nicht verschwiegen werden soll, daß zum mindesten bis vor kurzem auch die Auswandererländer von dieser Situation profitierten. Im Zuge der europäischen Integration dürften diese Vorteile jedoch mehr und mehr schwinden, indem andere Länder ebenso attraktive Bedingungen bieten und die schon heute spürbaren sozialen Nachteile, die wir hier nur mit dem Stichwort der Ueberfremdung kennzeichnen wollen, gewinnen an Gewicht. Es muß einmal deutlich gesagt werden: *Der enorme Bedarf der Schweiz an fremden Arbeitskräften,* der sich schon lange nicht mehr auf die unqualifizierten Berufe beschränkt, ist zu einem beachtlichen Teil die *Folge des Geburtenausfalles in den zwanziger und dreißiger Jahren,* wie Fig. 1 zeigt.

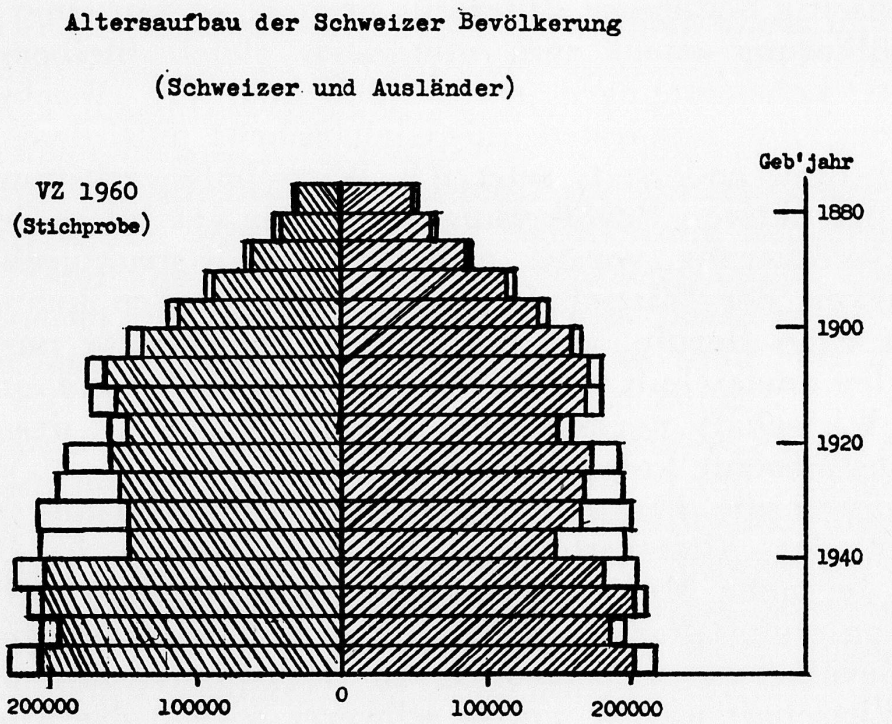

Fig. 1: Altersaufbau der Bevölkerung nach Heimat auf Grund der Volkszählung von 1960

= *Schweizer* = *Ausländer*

Immerhin muß auch darauf hingewiesen werden, daß unsere Hochkonjunktur zu einem besonders großen Teil vom Export getragen wird und daß das Andauern dieser Exportkonjunktur, die unserer staatlichen Einflußnahme weitgehend entzogen ist, nicht für alle Zeiten gesichert ist. Ein gewisser Zuzug von ausländischen

Arbeitskräften für die exportbedingten Konjunkturspitzen ist deshalb wirtschaftlich durchaus angemessen, doch kann kaum bezweifelt werden, daß wir in der Schweiz heute an einem *strukturellen Mangel* an einheimischen Arbeitskräften leiden. Hierzu gäbe es natürlich noch viel zu sagen, doch ist dies der in diesem Zusammenhang vor allem interessierende Gesichtspunkt.

Zusammenfassend läßt sich die Frage nach der «optimalen», das heißt den gegebenen Umständen der industriellen Gesellschaft und damit auch der Schweiz entsprechenden Bevölkerungsentwicklung auf Grund der heutigen wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Kenntnisse dahin beantworten, daß ein gewisses langfristiges Bevölkerungswachstum für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft und Gesellschaft und die Bewältigung der auf uns zukommenden Probleme wenn nicht unerläßlich, so zum mindesten erwünscht ist. Die Diskussion kann sich höchstens um das Maß des optimalen Wachstums drehen. Dies ist von einer großen Zahl von Faktoren abhängig, die hier nicht im einzelnen erörtert werden können. Für ein Land wie die Schweiz oder Holland, die bereits eine sehr hohe Bevölkerungsdichte im bewohnbaren Raum aufweisen, dürfte es auf Grund sozialer Ueberlegungen tiefer liegen als beispielsweise für Frankreich, das eine relativ niedrige Bevölkerungsdichte aufweist. Um eine Größenordnung zu nennen, scheint uns die für die Schweiz auf lange Frist günstige Wachstumsrate zwischen 0,5 und 1 Prozent pro Jahr zu liegen.

Im letzten Jahrzehnt hatten wir infolge der starken Einwanderung laut den Volkszählungsergebnissen ein jährliches Bevölkerungswachstum von 1,5 Prozent. Wir gehen mit denjenigen einig, die ein solches Wirtschafts- und Bevölkerungswachstum als die oberste Grenze des Tragbaren betrachten. Vielleicht haben wir dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsexpansion in den letzten Jahren tatsächlich ein zu großes Gewicht beigemessen. Ansätze zu einer Selbstdisziplin sind jedoch schon sichtbar, und es scheint nicht ausgeschlossen, daß sich in den nächsten Jahren von selbst eine gewisse Normalisierung einstellt.

Nach dieser Klarstellung des Verhältnisses von Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftswachstum können wir nun auf die zentrale Frage eintreten, wie es denn um die Bevölkerungsentwicklung der Schweiz im Hinblick auf die familienpolitischen Postulate bestellt sei. Dabei ist es wohl zweckmäßig, wenn wir von der starken Einwanderung absehen und unser Hauptaugenmerk auf die Bevölkerung *schweizerischer* Nationalität konzentrieren. Leider werden im statistischen Jahrbuch die Daten nicht genügend nach Schweizern und Ausländern aufgegliedert, so daß es nicht möglich ist, die Bevölkerungsentwicklung der Schweizer isoliert zu betrachten. Wir müssen uns an die Geburtenüberschußziffer halten, die uns einen

Hinweis auf das natürliche Bevölkerungswachstum gibt. Sie betrug im vergangenen Jahrzehnt 7,6 Prozent und liegt damit durchaus im Rahmen, den wir vorher als erwünscht betrachteten. Auch wenn wir die effektiven Geburtenzahlen betrachten (Fig. 2 A), so zeigt sich, daß sie heute praktisch gleich hoch sind wie um 1900, der Zeit der bisher stärksten Geburtenjahrgänge. Dabei muß berücksichtigt werden, daß diese Geburtenzahl von einer zahlenmäßig wesentlich größeren Bevölkerung erbracht wird. Wenn wir die allgemeine Geburtenziffer betrachten (Fig. 2 B) so zeigt sich, daß der Wiederaufschwung seit dem Tiefpunkt der dreißiger Jahre wesentlich geringer ist. Betrachten wir die eheliche Fruchtbarkeitsziffer (Fig. 2 C), in der auch die Veränderungen der Heiratshäufigkeit ausgeschaltet sind, so ergibt sich ein noch geringerer Wiederaufschwung seit dem Tiefpunkt. *Wir können daraus schließen, daß der Geburtenaufschwung während und nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem einer gegenüber der Zwischenkriegszeit stark gestiegenen Heiratshäufigkeit zuzuschreiben ist und weniger einer Vergrößerung der Kinderzahl pro Ehe.*

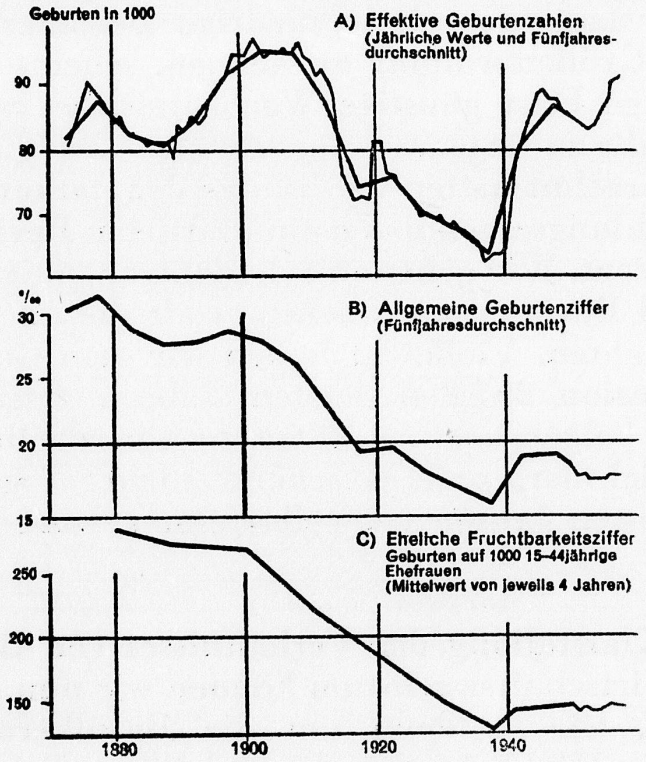

Fig. 2: Entwicklung der Fruchtbarkeit 1870–1955

Quelle: Statistisches Lehrbuch der Schweiz

Unter dem Gesichtspunkt der Geburtenhäufigkeit ist es selbstverständlich unerheblich, ob die erwünschte Zahl der Geburten durch eine Vergrößerung der Kinderzahl pro Ehe oder durch eine

Zunahme der Ehen erreicht wird. Wenn wir noch einmal die Verhältnisse in der vorindustriellen Gesellschaft und in der industriellen Gesellschaft vergleichen, so ergibt sich, daß heute mit einer wesentlich geringeren Kinderzahl pro Ehe das Bevölkerungswachstum aufrechterhalten werden kann, einerseits infolge des massiven Sterblichkeitsrückganges, anderseits infolge der gegenüber damals wesentlich höheren Heiratshäufigkeit. Nicht umsonst wurde in der Bundesverfassung das Recht auf Ehe ausdrücklich verankert. Es bestanden in früheren Zeiten eine ganze Reihe von Schranken des Eheschlusses, welche die Heiratshäufigkeit niedriger hielten.

Um unsere heutige demographische Situation zu analysieren, müssen wir nun noch mehr in die Tiefe gehen. Wir dürfen erstens festhalten, daß die momentane Situation zu keinerlei pessimistischen Ueberlegungen Anlaß gibt. Wir müssen uns jedoch fragen, ob die Faktoren, die die heutige, relativ hohe Geburtenhäufigkeit und den Geburtenüberschuß bedingen, *auch in Zukunft* aller Voraussicht nach Bestand haben werden. Der Geburtenüberschuß ist der Saldo der Geburten und der Todesfälle. Das jeweilige Bevölkerungswachstum ist also sowohl von der Sterbehäufigkeit wie von der Richtung und der Intensität der Wanderungen und endlich von der Geburtenhäufigkeit abhängig.

Die Sterbehäufigkeit ist einerseits von den altersspezifischen Sterblichkeitsverhältnissen, anderseits von der jeweiligen Altersstruktur der Bevölkerung abhängig. Es darf auch in Zukunft mit einem weiteren Sterblichkeitsrückgang gerechnet werden. Die Sterblichkeit der Kinder und der jüngeren Erwachsenen ist heute allerdings schon so gering, daß von dorther nicht mehr mit großen Lebensgewinnen gerechnet werden kann; der Einfluß des Sterblichkeitsrückganges auf das Bevölkerungswachstum dürfte deshalb in Zukunft eher geringer werden. Hinzu kommt, daß in den nächsten Jahrzehnten die am stärksten besetzten Jahrgänge von 1890 bis 1910 in das sterbeintensivste Alter kommen. Folglich wird sich auch bei weiterem Sterblichkeitsrückgang die Zahl der Todesfälle deutlich erhöhen.

Die *Wanderungen* stellen die große Unbekannte unserer Bevölkerungsentwicklung dar. Obwohl die schweizerische Wirtschaft nach wie vor mehr ausländische Arbeitskräfte anstellen könnte, ist – einerseits infolge der Selbstbeschränkung der Wirtschaft, vor allem jedoch infolge der Verknappung des Angebots an qualifizierten Arbeitskräften auch im Ausland und der zunehmenden Wanderungsmöglichkeiten im EWG-Raum – eher mit einem Rückgang der Zuwanderung, vielleicht sogar mit einem Wanderungsverlust durch Rückwanderung zu rechnen. Hinzu kommt, daß nun wieder geburtenstärkere Jahrgänge ins Erwerbsleben treten, so daß auch auf dem einheimischen Arbeitsmarkt die Nachfrage wieder etwas besser gedeckt werden kann.

Die *Geburtenhäufigkeit* hängt von der Zahl der Ehen im Fortpflanzungsalter und von der mittleren Kinderzahl pro Ehe ab. Der hohe Neuzugang an Ehen in der Schweiz geht mit einer ständigen Senkung des durchschnittlichen Heiratsalters einher: Bei den im Jahre 1961 abgeschlossenen Ehen waren rund 38 Prozent aller Männer und 63 Prozent aller Frauen weniger als 25 Jahre alt. Im Zeitraum von 1941 bis 1950 waren es vergleichsweise 25 Prozent und 49 Prozent. Es ist nun eine noch durchaus offene Frage, ob tatsächlich sich ein wesentlich größerer Prozentsatz der heutigen jungen Generationen verehelicht als der heute 50- und 60jährigen, oder ob nur das Heiratsalter der sich zur Ehe Entschließenden vorverlegt wurde. Nach der Volkszählung von 1950 (die Zahlen von 1960 sind hier noch nicht erhältlich) waren rund 12 Prozent der über 50jährigen Männer und rund 19 Prozent der über 40jährigen Frauen unverheiratet. *Es ist also die Frage, ob sich diese Ledigenquote merklich senken wird.* Tritt dies nicht ein, so muß, da sich das Heiratsalter nicht unbeschränkt nach unten verschieben kann, auch die Heiratshäufigkeit in einigen Jahren wieder zurückgehen, es sei denn, sie werde weiterhin stark von den Ausländern gehoben.

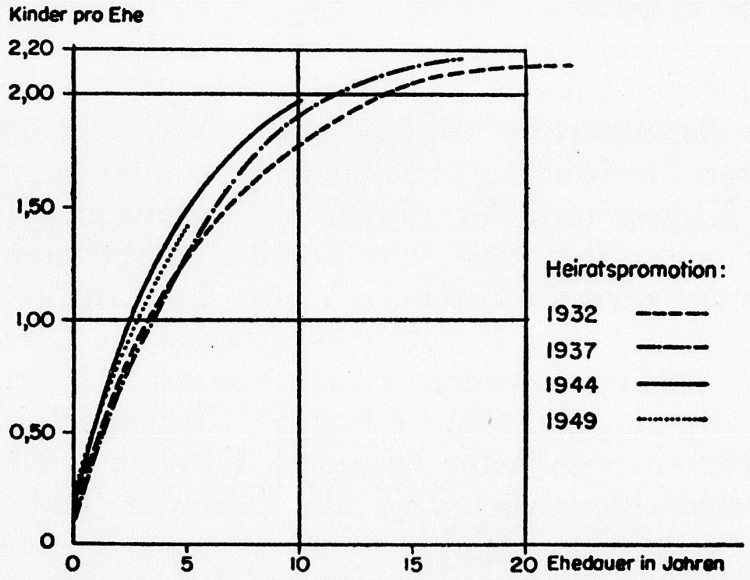

Fig. 3: Mittlere Kinderzahl der in den Jahren 1932, 1937, 1944 und 1949 geschlossenen Ehen nach der Ehedauer

Quelle: L. Solari: Evolution récente de la fécondité en Suisse, in der «Schweiz. Zeitschr. f. Volkswirtschaft und Statistik» 1956, S. 487

Wie steht es nun mit der Kinderzahl pro Ehe? Auf den ersten Blick könnte man annehmen, daß, je jünger die Ehepartner heiraten, sie um so mehr Kinder bekommen werden. Dies würde in einer Gesellschaft, in der die Geburtenkontrolle nicht verbreitet ist, auch zutreffen. Insoweit die Geburtenkontrolle jedoch tatsächlich erfolgreich ist, braucht dies nicht einzutreten. Nach der schweizerischen

Statistik zeigt sich im Gegenteil, daß heute immer mehr Frauen mit zunehmendem Alter weitere Mutterschaften ablehnen. Die Zahl der von über 35jährigen Müttern geborenen Kinder nimmt ständig ab, und im Vergleich zum Zeitraum 1941–1950 haben sogar die altersspezifischen Fruchtbarkeiten der über 25jährigen abgenommen. Dies trotz der heutigen Hochkonjunktur, welche erfahrungsgemäß einer hohen Geburtenhäufigkeit günstig ist.

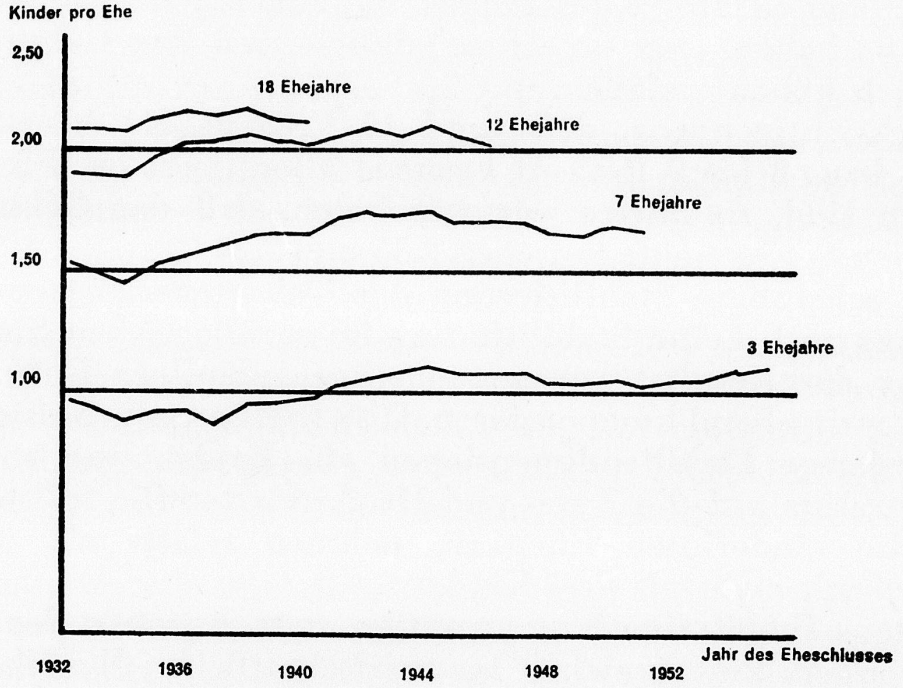

Fig. 4: Mittlere Kinderzahl pro Ehe im 3., 7., 12. und 18. Ehejahr der Heiratsjahrgänge 1932–1955

Quelle: Bis 1954 wie Fig. 3; 1955–1958 berechnet auf Grund von Tab. 49 der «Bevölkerungsbewegung der Schweiz», herausgegeben vom Eidgenössischen Statistischen Amt

Einen direkten Anhaltspunkt über die mittlere Kinderzahl pro Ehe geben uns Fig. 3 und 4, die auf den in diesem Zusammenhang besonders aussagekräftigen ehedauerspezifischen Fruchtbarkeitsziffern beruhen. Fig. 3 zeigt, wie sich die mittlere Kinderzahl pro Ehe von vier Heiratsjahrgängen im Laufe der Zeit entwickelt hat. Die im Jahre 1932 geschlossenen Ehen haben ihre Fortpflanzung praktisch abgeschlossen. Sie kamen auf einen mittleren Geburtenertrag von 2,13 Kindern, das heißt, 1000 Ehepaare hatten durchschnittlich 2130 Kinder. Die 1937 geschlossenen Ehen hatten in den ersten Jahren etwas weniger Kinder. Sie beteiligten sich dann stark am «Baby-boom» der Kriegsjahre, doch konvergiert die Kurve in den letzten Jahren zu derjenigen der Generation von 1932. Der Heiratsjahrgang von 1944 weist im Beobachtungszeitraum die höchste mittlere Nachkommenschaft nach Abschluß des zehnten Ehejahres auf. Hier war die Fortpflanzungshäufigkeit besonders

hoch in den ersten Ehejahren, doch nimmt sie in den späteren Ehejahren um so eher ab. Trotz hoher Gebärtätigkeit in den ersten Ehejahren scheint der mittlere Geburtenertrag nicht wesentlich höher zu werden als derjenige der Promotion von 1932. Diese Hypothese wird durch Fig. 4 bestätigt. Die mittlere Kinderzahl pro geschlossene Ehe scheint sich in den letzten Jahrzehnten zwischen 2,1 und 2,2 Kindern zu stabilisieren. Obwohl natürlich über die jüngsten Heiratsjahrgänge noch nichts Definitives ausgesagt werden kann, scheint es infolge des Trends, mit zunehmendem Alter weniger Kinder zu haben, eher unwahrscheinlich, daß ihre Geburtenerträge wesentlich höher ausfallen.

Berücksichtigen wir, daß rund 10 Prozent (11 bis 12 Prozent Männer bzw. 8 bis 9 Prozent Frauen) aller Heiraten Wiederverheiratungen sind, so dürfen wir annehmen, daß der Geburtenertrag pro *stehende* Ehe heute zwischen 2,35 und 2,40 liegt.

Diese scheinbare Stabilisierung der Geburtenerträge pro Ehe ist allerdings noch keine Stabilisierung im soziologischen Sinne, sie ist vielmehr das Resultat verschiedener gegenläufiger Entwicklungen, die sich weitgehend kompensieren. Dies trifft erstens hinsichtlich der verschiedenen Familiendimensionen zu. Es ist eine zunehmende Konzentration auf die Zwei- und Dreikinderfamilie feststellbar, das heißt die kinderlosen Ehepaare nehmen relativ ab, ebenso die Familien mit mehr als drei Kindern.

Zweitens findet eine Kompensation statt zwischen der Abnahme der besonders kinderreichen landwirtschaftlichen Bevölkerung und der Zunahme einiger eher kinderarmer Berufsgruppen (z. B. der kaufmännischen Angestellten) einerseits und der Zunahme des kinderfreudigeren katholischen Volksteils infolge der Zuwanderung anderseits. Hierzu darf wohl gesagt werden, daß die Abnahme der landwirtschaftlichen Bevölkerung und die Zunahme der tertiären Berufe aller Voraussicht nach eher ein konstanteres Phänomen sein wird als eine andauernde Erhöhung der Zuwanderung katholischer Ausländer und Ausländerinnen.

Und nun eine ganz einfache Rechnung: Der mittlere Geburtenertrag pro stehende Ehe beläuft sich – wie oben ausgeführt – auf knapp 2,4 Kinder, also 2400 Kinder auf 1000 Ehen. Wenn wir zur Vereinfachung von den Geschlechtsunterschieden absehen, so können wir sagen, daß nach den heutigen Sterblichkeitsverhältnissen rund 7 Prozent der Kinder vor Erreichung des Fortpflanzungsalters sterben (= 168 Kinder). Von den verbleibenden 2232 heiraten nicht alle: Wie groß die Zahl der ledig Bleibenden ist, das ist die große Unbekannte. Nach der Volkszählung von 1950 waren es rund 12 Prozent der Männer und 19 Prozent der Frauen, also im Durchschnitt 15,5 Prozent oder 346 (bleiben 1886). Diese heiraten, bilden 943 Ehen und bekommen im Durchschnitt 2,4 Kinder, also 2263 Kinder. Erfahrungsgemäß kommen außerdem uneheliche Kinder zur Welt,

und zwar etwa vier uneheliche auf 100 eheliche, das heißt 90 uneheliche Kinder. Die Ausgangsgeneration von 2400 Personen würde unter diesen Voraussetzungen also 2353 Kinder zur Welt bringen, das heißt sie würde sich nicht einmal ganz ersetzen. Sind wir hinsichtlich der zukünftigen Sterblichkeit und der langfristigen Heiratshäufigkeit optimistisch und rechnen wir mit einer Sterblichkeit von bloß 4 Prozent und einer Ledigenquote von nur 12 Prozent für beide Geschlechter, so erhalten wir 2531 Kinder: die nächstfolgende Generation wäre somit um gut 5 Prozent größer. Da die Reproduktion einer Generation rund 30 Jahre dauert, würde dies einem jährlichen Wachstum von weniger als 2 Promille, also einer praktisch stationären Bevölkerung entsprechen. Wenn wir das Beispiel verfeinern würden, erhielten wir zwar für das männliche Geschlecht ein etwas günstigeres, für das weibliche Geschlecht ein etwas ungünstigeres Bild, der Schluß bliebe jedoch derselbe: Wenn wir von der Zuwanderung absehen, die unserem Bevölkerungswachstum ständigen Auftrieb gibt (heute stammen bereits 15 Prozent aller Geburten von Ausländern, vor zehn Jahren waren es 3,3 Prozent), so genügt die heutige Fruchtbarkeitsleistung der einheimischen Bevölkerung auf lange Sicht gerade etwa zur Aufrechterhaltung des Bevölkerungsstandes, nicht jedoch für ein langfristiges Bevölkerungswachstum.

Konfrontieren wir nun diese Feststellung mit der Tatsache, daß die Familienplanung heute noch nicht in allen Bevölkerungskreisen mit vollem Erfolg durchgeführt wird, daß jedoch damit gerechnet werden muß, daß sich die Familienplanung noch weiter ausbreitet und daß ihr Erfolg mit der Verbesserung der Methoden immer wahrscheinlicher wird, so stellt sich die ernsthafte Frage, ob in Zukunft die Zahl der «gewünschten Kinder» oder der «geplanten Geburten», auf die es immer mehr ankommen wird, ausreicht, um den Stand unserer Bevölkerung zu halten und ein gewisses, erwünschtes Wachstum der einheimischen Bevölkerung zu gewährleisten.

Diese Sorge soll nicht dramatisiert werden, wie dies – nicht ganz zu Unrecht – in den dreißiger Jahren geschah. Ausländische Untersuchungen zeigen beispielsweise, daß in Familien, in denen die Familienplanung erfolgreich ist, die Zahl der gewünschten Kinder mit dem Einkommen steigt. Es spricht nichts dagegen, einen ähnlichen Zusammenhang für die Schweiz anzunehmen, so daß gehofft werden darf, daß der steigende Lebensstandard in den die Geburten kontrollierenden, vorwiegend städtischen Schichten sich eher stützend auf die Geburtenhäufigkeit auswirken wird. Dies setzt allerdings ein langfristiges Andauern der guten Wirtschaftslage und vielleicht auch vermehrte familienpolitische Anstrengungen voraus.

Zusammenfassend können wir folgendes feststellen: Vom Standpunkt der Bevölkerungsentwicklung her darf die momentane

Geburtenhäufigkeit auch der einheimischen Bevölkerung als befriedigend angesehen werden. Das vom Gesichtspunkt des Wirtschaftswachstums her günstige, vom sozialen Gesichtspunkt her eher zu starke Bevölkerungswachstum ist im wesentlichen durch die starke Zuwanderung bedingt, auf die wir in Zukunft nicht sicher zählen können oder wollen. Die relativ hohe Geburtenhäufigkeit beruht in erster Linie auf einer hohen Heiratshäufigkeit, die, weil sie mit einer starken Senkung des mittleren Heiratsalters verbunden ist, nicht ohne Vorbehalte in die Zukunft extrapoliert werden darf. Sie beruht sodann auf einer sehr guten Wirtschaftskonjunktur, deren Andauern ebenfalls nicht garantiert ist. *Unseren Ueberlegungen nach ist das momentane Bild günstiger als die langfristige Zukunftsperspektive.* Bei der heutigen mittleren Kinderzahl pro Ehe müßten nahezu alle Schweizer heiraten, um ein weiteres Wachstum der einheimischen Bevölkerung auf lange Sicht zu gewährleisten; dies scheint uns allerdings unwahrscheinlich. Eine sichere Basis für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung kann nur durch die Aufrechterhaltung, ja sogar eine gewisse Steigerung der mittleren Kinderzahl pro Ehe erreicht werden.

Wenn wir berücksichtigen, daß rund 10 Prozent der Ehen infolge organischer oder psychischer Störungen unfruchtbar bleiben müssen, so wird ohne weiteres ersichtlich, daß die demographisch erwünschte mittlere Kinderzahl jener Ehen, die Kinder haben können, näher bei drei als bei zwei Kindern liegen muß. In der Schweiz scheint heute jedoch das Leitbild der Familiengröße in den mittleren Schichten die Zwei-Kinder-Familie zu sein, wenigstens wenn wir den Reklameberatern glauben dürfen, die ja ein gutes Gespür für die halbbewußten Leitbilder der Bevölkerung haben.

Wenn wir die sozialpsychologische Erkenntnis in unsere Ueberlegungen einbeziehen, daß eine Drei- oder Vier-Kinder-Familie auch für die psychische Entwicklung der Kinder unter sonst günstigen Voraussetzungen dem Ein- oder Zwei-Kinder-System vorzuziehen ist, so dürfen wir die eingangs gestellte Frage nach der Größe des Familienleitbildes in unserer Gesellschaft nun wohl dahingehend beantworten, *daß dieses Leitbild mindestens so sehr die Drei-Kinder- wie die Zwei-Kinder-Familie sein sollte.*

Aus diesem Resultat ließen sich verschiedene familienpolitische Konsequenzen ziehen. Man kann sich beispielsweise fragen, ob es nicht auch in der Schweiz sinnvoll wäre, die Kinderzulagen vom zweiten oder dritten Kind an zu erhöhen. Auch unter viel allgemeineren, sozialpolitischen Gesichtspunkten darf wohl gesagt werden, daß das Kinderhaben in unserer schweizerischen wirtschafts- und sozialpolitischen Ordnung immer noch eine zu starke wirtschaftliche Benachteiligung nach sich zieht. Selbst unter dem Gesichtspunkt des Leistungsprinzips muß das Erziehen von Kindern als eine volks-

wirtschaftliche Leistung aufgefaßt werden, die letztlich auch unserer Wirtschaft wieder zugute kommt.

Aber vielleicht sind die Familienzulagen gar nicht der entscheidende Punkt. Viel häufiger stellt sich das Problem, ob eine junge Mutter einem dritten Kind noch ohne fremde Hilfe bei der Haushaltarbeit gewachsen ist, beziehungsweise ob sie die nötige Hilfe überhaupt erhalten kann, und wer für sie im Falle von Krankheit einspringt. Dazu kommt eine öffentliche Meinung, in der häufig schon Familien mit vier Kindern als «verrückt» oder «die haben ja nicht aufpassen können» dargestellt werden. Ebenso spielt das Wohnungsproblem eine bedeutende Rolle.

Dies sind nur einige Hinweise, wo familienpolitisches Bemühen ansetzen könnte. Wir mußten eine Reihe von Fragen offen lassen, die hoffentlich an weiteren Verbandstagungen ausführlich diskutiert werden können. In diesem zweiten Teil haben wir nur eine Teildiagnose gestellt und allein den bevölkerungswissenschaftlichen Aspekt hervorgehoben. Um von der Diagnose zur Therapie vorzuschreiten, sofern eine solche nötig ist, bedürfte es vor allem vertiefter soziologischer Forschungen auch in der Schweiz, um die tatsächlichen Bestimmungs- und Hinderungsgründe für den Wunsch nach mehr Kindern abzuklären.

Auch in diesem Sinne sind die Bemühungen des Eidgenössischen Verbandes Pro Familia zur Schaffung einer Zentralstelle für Familienpolitik sehr zu begrüßen. Nur durch empirische Forschungsarbeit können die Grundlagen beschafft werden auf Grund derer die Frage diskutiert werden muß, was wir heute unter verantwortungsbewußter Elternschaft in den verschiedenen sozialen Schichten verstehen dürfen, und es wird sich klarer zeigen, wo familienpolitisches Bemühen mit bester Aussicht auf Erfolg anzusetzen hat.

Zur Frage der Gewerkschaftseinheit

Die widernatürliche Zersplitterung der Arbeitnehmerorganisationen in der Schweiz

Ein dänischer Freund, Sekretär einer bedeutenden internationalen Berufsorganisation, verglich kürzlich die verhältnismäßig wesentlich höheren Bestände der Gewerkschaften in Dänemark mit den unsrigen, nicht ohne mit einem leicht boshaften Lächeln auf die sozialen Vorteile hinzuweisen, welche sich daraus für seine Landsleute ergeben. Dieser Vergleich bietet uns wahrlich nicht den geringsten Anlaß, auf die Schweiz stolz zu sein. Wir versuchten jedoch, unsere Lage aus der föderativen Struktur auseres Landes zu erklären, welche